



Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	20. April 09	1278/09
Absender		
Fraktion BIBS Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Jugendhilfeausschuss	5. Mai 09	
Verwaltungsausschuss	12. Mai 09	
Rat	20. Mai 09	
Betreff		
Berücksichtigung des Programm- und Handlungsrahmens 2007 bis 2011 bei der Ausweisung von Neubaugebieten		

Der gleichlautende Antrag 1276/09 wurde bereits im Planungs- und Umweltausschuss am 29. April 2009 erstmalig beraten.

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, im Falle der Ausweisung von Neubaugebieten das Planungsgebiet jeweils auf die gegebene Infrastruktur hin zu überprüfen, ein integriertes Infrastrukturkonzept zu erstellen und den Planvorlagen anzuhängen, mit der Ermittlung des voraussichtlichen Bedarfs und ggf. Empfehlungen zum möglichen Ausgleich von Defiziten, betreffend insbesondere:

- Krippen, Horte, Kindertagesstätten, Schulen,
- Möglichkeit der Berücksichtigung des Programms „Soziale Stadt“ u. a. Förderprogramme
- Erreichbarkeit durch ÖPNV
- Alten- und Seniorenhilfe sowie adäquate, altergerechte Wohnformen
- Bedarfsgerechtes Angebot von Einrichtungen der Jugendförderung
- Medizinische Versorgung
- Nahversorgung mit Artikeln des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Hygieneartikel, etc.)
- Sportstätten und sonstige Freizeitangebote

Das integrierte Infrastrukturkonzept ist den politischen Gremien und dem Rat mit den sonstigen Planungsunterlagen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die zum Teil beispielhaften, vorbildlichen Worte des Programm- und Handlungsrahmens der Verwaltung mögen mit ebensolchen Taten in die Wirklichkeit

umgesetzt werden. Ansätze integrierter Stadtentwicklung gewinnen nicht nur in Deutschland an Bedeutung, weil sie eine vollständige und ganzheitliche Betrachtung kommunaler Baulandpolitik unter Einbeziehung der unterschiedlichsten qualitativen Aspekte und Auswirkungen beinhalten. Die Einführung eines integrierten Infrastrukturkonzeptes bei der Planung und Ausweisung von Neubaugebieten für Braunschweig stellt in diesem Zusammenhang einen ersten Schritt in Richtung der Verwirklichung kommunal integrierter Entwicklungsansätze dar, wie sie in der „Territorialen Agenda der EU“ und der „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ gefordert werden. Das von der Verwaltung erstellte integrierte Infrastrukturkonzept soll dabei Handlungsempfehlungen für die konkrete Ausgestaltung „Junge Familien für wachsende Stadt“ des Programm- und Handlungsrahmens 2007 bis 2011 und ähnliche Programme für die Stadt Braunschweig geben.

Mit freundlichen Grüßen,

Heiderose Wanzelius
BIBS-Fraktionsvorsitzende